

Pressemitteilung

„Menschenhandel ist moderne Sklaverei“ NRW-Vernetzung der spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel zum 18. Oktober 2020

„Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und zeigt sich in vielen erschreckenden Facetten: Sexuelle Ausbeutung, Arbeitsausbeutung, Handel in die Ehe, die Ausnutzung und Nötigung zu strafbaren Handlungen oder erzwungene Betteltätigkeiten. Es ist moderne Sklaverei!“ Zum diesjährigen Europäischen Tag gegen Menschenhandel, dem 18. Oktober, sind sich die acht landesgeförderten Fachberatungsstellen für Opfer von Menschenhandel in NRW darüber einig.

Menschenhandel in NRW

Männer und Frauen, Jungs und Mädchen, und Trans*menschen können vom Menschenhandel betroffen sein, jedoch ist der Frauenanteil bei diesem Verbrechen wesentlich größer. agisra e.V. Köln, Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen* und Flüchtlingsfrauen*, Nachtfalter in Essen, die spezialisierte Fachberatungsstelle der Diakonie Mark Ruhr gGmbH in Hagen, die Dortmunder Mitternachtsmission, das Eine-Welt-Zentrum Herne, die Fachstelle für Opfer von Frauenhandel in der frauenberatungsstelle düsseldorf e.V., NADESCHDA in Herford und Solwodi in Duisburg sind acht spezialisierte Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel. Diese Fachberatungsstellen betreuen jährlich fast 1.000 Frauen und Mädchen, die von Menschenhandel betroffen sind. Betroffene von Menschenhandel sind zum größten Teil Frauen und Mädchen aus Ost- und Südeuropa, Afrika, Asien, Lateinamerika und auch aus Deutschland. Ihre oftmals bereits im Herkunftsland prekäre Situation und der Wunsch nach einem Leben ohne Gewalt und Armut werden von Menschenhändler*innen als Köder benutzt. Einige werden mit falschen Versprechungen auf eine Arbeitsstelle oder Ehe nach Deutschland gelockt. Aufgrund fehlender Kenntnisse über Sprache, Gegebenheiten des jeweiligen Landes sowie auch ihrer eigenen Rechte und oft enormer Einschüchterung durch ihre Peiniger*innen sind diese Frauen und Mädchen besonders vulnerabel, perspektiv- und schutzlos. Ein Entrinnen aus eigener Kraft aus ihrer Situation ist selten möglich.



agisra e.V.
Saliering 48
50667 Köln
Tel.: +49 221 124019 / 1390392
Fax: +49 221 9727492
info@agisra.org



Fach- und Beratungsstelle Nachtfalter
Niederstraße 12-16
45141 Essen
Tel.: +49 201 632569-920
Fax: +49 201 632569-924
nachtfalter@cse.ruhr



Diakonie Mark-Ruhr gemeinnützige GmbH
Fachdienst Migration und Integration
Bergstr. 121
58095 Hagen
Tel. +49 2331 3064620-34
Fax. +49 2331 3064620-38
margarete.kummer@diakonie-mark-ruhr.de
franziska.lange@diakonie-mark-ruhr.de



Dortmunder Mitternachtsmission e.V.
Dudenstr.2-4
44137 Dortmund
Tel.: +49 231 144491
Fax: +49 231 145887
mitternachtsmission@gmx.de



Eine Welt Zentrum Herne
Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel
Overwegstr. 31
44625 Herne
Tel.: +49 2323 99497-19 / 20
Fax. +49 2323 99497-11
renate.hildburg@kk-ekvw.de
katja.jaehnel@kk-ekvw.de



frauenberatungsstelle düsseldorf e.V.
Fachstelle für Opfer von Frauenhandel
Talstraße 22-24
40217 Düsseldorf
Tel.: +49 211 686854
Fax: +49 211 676161
info@frauenberatungsstelle.de



NADESCHDA
Frauenberatungsstelle
für Opfer von Menschenhandel
Bielefelder Straße 25
32051 Herford
Tel.: +49 5221 8402-00
Fax: +49 5221 8402-01
info@nadeschda-owl.de



SOLWODI NRW e.V.
Postfach 10 11 50
47011 Duisburg
Tel.: +49 203 6631-50
Fax: +49 203 6631-51
duisburg@solwodi.de

Menschenhandel mit deutschen Frauen und Mädchen „im Namen der Liebe“

Frauen und Mädchen aus Deutschland sind ebenfalls von Menschenhandel betroffen. Oft sind diese von sogenannten „Loverboys“ rekrutiert. Loverboys bauen zunächst eine emotionale Beziehung mit der Frau oder dem Mädchen auf und gewinnen ihr Vertrauen. Danach wird sie „im Namen der Liebe“ zur Prostitution gezwungen. „Das Problem ist größer als gedacht. Wir brauchen dringend einen bundesweiten Ansatz“, sagt NRW-Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach und macht deutlich, dass Aufklärung und Prävention eine staatliche Aufgabe sein muss.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Trotz der Arbeit unserer Fachberatungsstellen in NRW und der Identifizierung hunderter Fälle, verbleibt dennoch eine immens hohe Dunkelziffer. Die COVID 19- Pandemie wirkt sich zudem erschwerend auf die Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel aus. Ohne Identifizierung kann den betroffenen Personen jedoch kein Schutz zuteil kommen. Somit rutschen die Betroffenen durch die Pandemie weiter in die Illegalität und werden zu einem leichten Ziel für Menschenhändler*innen.

Nicht die Täter*innen, sondern die Betroffenen haben Angst vor Strafe

Menschenhandel ist ein äußerst florierendes und risikoarmes Geschäft für die Täter*innen. Auch wenn dieser unter Strafe steht, ist die tatsächliche Strafverfolgung und Verurteilung der Täter*innen mit großen Hürden verbunden, die sich insbesondere zu Lasten der Opfer auswirken. Um die Aussicht auf eine Verurteilung zu erhöhen, fühlen sich die von Menschenhandel Betroffenen unter Druck und werden angehalten, eine Aussage zu machen. Die Täter*innen lassen jedoch nichts unversucht, physischen oder psychischen Druck auf die betroffene Person auszuüben, um sie von einer Aussage abzuhalten. Oft drohen sie, Angehörigen im Heimatland Gewalt anzutun. Daher fordert der bundesweite Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK): *„Betroffene von Menschenhandel sollten das Recht und auch die Möglichkeit haben, sich frei und unabhängig stabilisieren, informieren und entscheiden zu können, welchen Weg sie einschlagen wollen. Sie benötigen vor allem eine Stärkung ihrer Position durch Sicherheit, Rechte, Unterstützung und Perspektiven.“*

Die Angst davor, trotz getätigter Aussage zurück ins Herkunftsland zurückkehren zu müssen, wodurch Betroffene erneut in die Fänge der skrupellosen Täter*innen gelangen können, lässt die Frauen oft von einer Aussage absehen. KOK fordert daher: *„Eine Abkopplung aufenthaltsrechtlicher Regelungen von einer Mitwirkung im Strafverfahren, also eine unabhängige und unbefristete Aufenthaltserlaubnis, ist daher dringend notwendig.“*

Neben einer unabhängigen und unbefristeten Aufenthaltserlaubnis sollten die Betroffenen zudem die Möglichkeit bekommen, neue Perspektiven aufzubauen und langfristige Stabilität zu erlangen. Zugang zu Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Sprachkursen und zum Arbeitsmarkt sind dafür notwendige Elemente, die auch vor erneuter Ausbeutung schützen.“